

Renaturierung der Gewässer

Phase I | Strategische Planung

Sanierung Geschiebehaushalt

Los Einzugsgebiet Vierwaldstättersee / Zugersee (Los Süd-West)

Schlussbericht Anhang und Beilagen

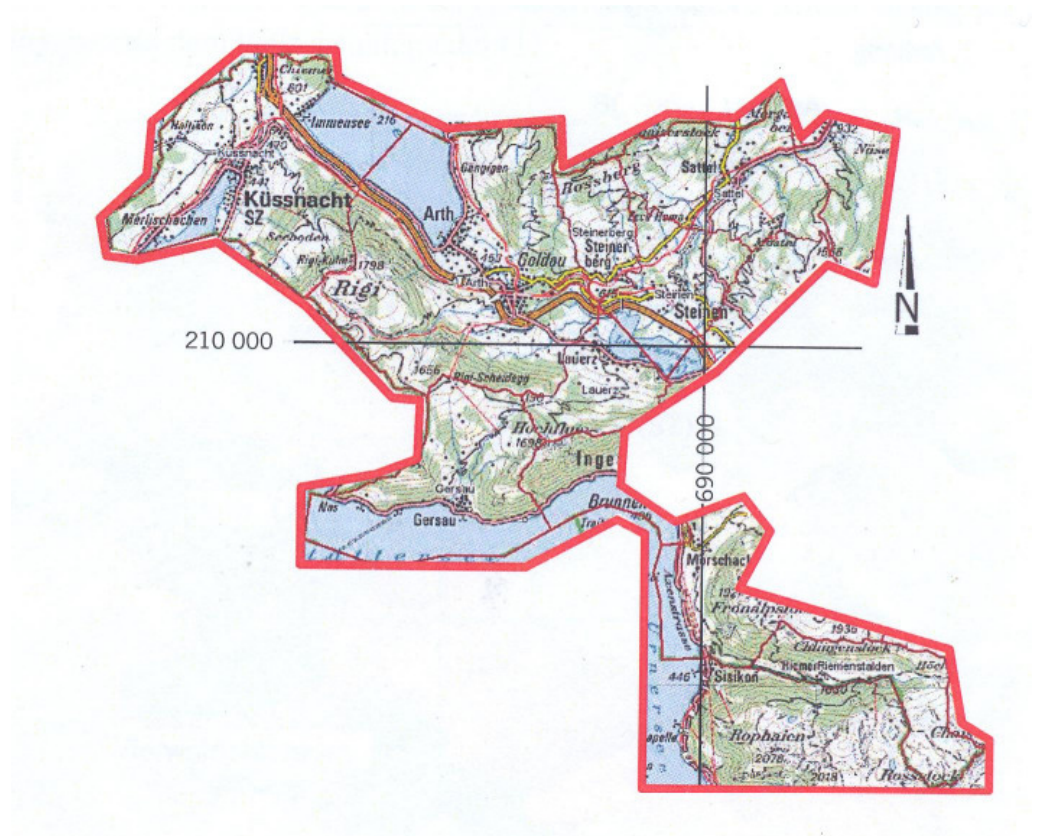
Vom 1. Dezember 2014

Projektphase

Studie

Vorprojekt
Bauprojekt
Auflageprojekt
Ausführungsprojekt
Dokumentation

Kartenausschnitt



Auftraggeber

Kanton Schwyz

Amt für Wasserbau

Bahnhofstrasse 9, 6430 Schwyz

Auftragnehmer

beffa tognacca gmbh

Bahnhofstrasse 13a, 6422 Steinen SZ

Dokument

Plan Nr.: -
Plan Grösse: A4-Bericht

Verfasst: CB
Geprüft: AR

Datum: 1. Dezember 2014
Version: V002

Inhalt

1	EINFÜHRUNG	4
1.1	Gesetzlicher Auftrag	4
1.2	Ergänzungen aus dem Zwischenbericht	4
1.3	Koordination der Module im Koordinationsbericht	5
2	METHODIK	5
2.1	Schritt 14: Liste der Anlagen, deren Inhaber Massnahmen treffen müssen und deren Umsetzungsfristen	5
2.2	Schritt 15: Angaben zur Berücksichtigung anderer Massnahmen	5
2.3	Schritt 16: Sonderregelung für Anlagen, bei welchen der Bedarf zur Sanierung noch nicht nachgewiesen ist mit Angabe von Fristen	5
2.4	Schritt 17: Beschlossene Planung	5
3	ANWENDUNG	6
3.1	Schritt 14: Liste der Anlagen, deren Inhaber Massnahmen treffen müssen und deren Umsetzungsfristen	6
3.2	Schritt 15: Angaben zur Berücksichtigung anderer Massnahmen	7
3.3	Schritt 16: Sonderregelung für Anlagen, bei welchen der Bedarf zur Sanierung noch nicht nachgewiesen ist mit Angabe von Fristen	7
3.4	Schritt 17: Beschlossene Planung	7

Anhang

Anhang 1 Faktenblätter pro Anlage mit Massnahmenvorschlag

Beilagen

Beilage 1 Zwischenbericht vom 01.07.2014 (revidiert).

Beilage 2 Stellungnahme des Bundesamts für Umwelt (BAFU) vom 10.07.2014

Beilage 3 Übersichtskarte Anlagen mit Sanierungsbedarf

1 Einführung

1.1 Gesetzlicher Auftrag

Die Revision von Gewässerschutzgesetz und -verordnung, welche am 1. Januar respektive 1. Juni 2011 in Kraft traten, haben zum Ziel, die Gewässer als Lebensraum aufzuwerten. Die Gewässer sollen wieder mehr Raum erhalten und die negativen Auswirkungen der Wasserkraftnutzung und anderer Anlagen sollen reduziert werden.

Die Kantone werden verpflichtet, bis Ende 2013 dem Bund einen Zwischenbericht ihrer strategischen Sanierungsplanungen vorzulegen und bis Ende 2014 eine beschlossene Planung zu erarbeiten. Das BAFU stellte dazu den Kantonen die Vollzugshilfe (VZH) „Renaturierung der Gewässer“ zur Verfügung. Diese ist modular aufgebaut und umfasst für den Bereich Wasserkraft die drei strategischen Planungen „Sanierung Schwall-Sunk“, „Wiederherstellung der Fischwanderung“ sowie „Sanierung Geschiebehaushalt“.

Die strategische Planung der Sanierung des Geschiebehaushalts dient dazu, Gewässerabschnitte mit einem veränderten Geschiebehaushalt gemäss Art. 43a GSchG zu erkennen, die Anlagen zu bestimmen, welche die Beeinträchtigung verursachen und Massnahmen zur Sanierung des Geschiebehaushalts vorzuschlagen.

Der Sanierungsbedarf der Anlagen ergibt sich anhand folgender Kriterien:

- Der Beeinträchtigungsgrad ist „wesentlich“, d. h. mittel oder stark .
- Das ökologische Potenzial in den betroffenen Abschnitten ist mittel bis hoch.
- Der Aufwand für die Realisierung der Massnahme ist verhältnismässig.
- Die Schutzziele des Hochwasserschutzes können gewahrt werden.

1.2 Ergänzungen aus dem Zwischenbericht

Im Zwischenbericht zur Sanierung des Geschiebehaushalts im Los Südwest vom 01.07.2014 wurden total **71** Anlagen hinsichtlich ihres Einflusses auf den Geschiebehaushalt untersucht. Davon hatten **4** Anlagen (6%) einen direkten Bezug zur Wasserkraftnutzung (Stauanlagen, Fassungen). Bei den übrigen Anlagen handelt es sich um Geschiebesammler, Geschiebeentnahmestellen oder Schutzbauten.

Aufgrund der Untersuchungen im Zwischenbericht sind bei **18** Anlagen die Kriterien für die Sanierungspflicht erfüllt. Bei 16 dieser Anlagen handelt es sich um Geschiebesammler, welche zur Dossierung des Geschiebebeeintrages in den Unterlauf dienen. Bei der Entnahmestelle im Sattel (Steineraa) liegt keine Bewilligung vor (Auskunft WBA). Die Sanierung besteht hier primär in der Durchsetzung des Wasserbaurechts. Bei der Entnahmestelle im Chüelochtobel (Aahusbach, Bezirk Küssnacht) handelt es sich um einen Sanierungsfall, welcher ursächlich auf die Einrichtung einer Kehrrechtdeponie zurückzuführen ist. Gemäss Angaben WBA muss der Gerinneabschnitt ohnehin neu gestaltet werden, wodurch die Defizite im Geschiebehaushalt behoben werden. Die Entnahmestelle wird in der Liste der sanierungspflichtigen Anlagen nicht aufgeführt.

1.3 Koordination der Module im Koordinationsbericht

Die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Module werden in einem separaten Koordinationsbericht des Kantons zusammengetragen.

2 Methodik

Die Arbeitsschritte werden in der Vollzugshilfe des BAFU im Detail dargelegt.

2.1 Schritt 14: Liste der Anlagen, deren Inhaber Massnahmen treffen müssen und deren Umsetzungsfristen

Es sind jene Anlagen aufzulisten, bei welchen Massnahmen zur Sanierung des Geschiebehaushalts zu treffen sind. Festzulegen sind ebenfalls die Prioritäten und die Fristen von der Planung bis zur Umsetzung der Massnahme.

2.2 Schritt 15: Angaben zur Berücksichtigung anderer Massnahmen

Es sind weitere Massnahmen aufzuzeigen, welche den Schutz der natürlichen Lebensräume berücksichtigen und die Wirkung der Geschiebehaushaltsanierung begünstigen.

Die detaillierten Untersuchungen der Massnahmenauswirkung auf den Hochwasserschutz und den Grundwasserhaushalt erfolgen in Phase 2.

2.3 Schritt 16: Sonderregelung für Anlagen, bei welchen der Bedarf zur Sanierung noch nicht nachgewiesen ist mit Angabe von Fristen

Für Anlagen, bei denen aufgrund besonderer Umstände die Sanierungspflicht und/oder Fristen noch nicht bestimmt werden können ist eine Frist festzulegen, innerhalb welcher die Sanierungspflichtigkeit definiert und die Umsetzung angestrebt wird.

2.4 Schritt 17: Beschlossene Planung

Der Zwischenbericht ist mit den Kriterien der formellen Stellungnahme des Bundes zu vervollständigen und mit den Schritten 14 bis 16 zum vorliegenden Schlussbericht zu ergänzen.

Die darin vorgeschlagenen Massnahmen und deren Umsetzung werden dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt. Der Regierungsrat beschliesst, ob er die vorgeschlagenen Massnahmen der strategischen Planung annehmen will oder nicht.

Mit der strategischen Planung ist die erste Phase der „Sanierung Geschiebehaushalt“ abgeschlossen. In der zweiten Phase „Detailplanung“ werden ab 2015 die vorgeschlagenen Massnahmen weiter konkretisiert.

3 Anwendung

3.1 Schritt 14: Liste der Anlagen, deren Inhaber Massnahmen treffen müssen und deren Umsetzungsfristen

Die folgende Liste enthält die Anlagen, welche gemäss den durchgeführten Untersuchungen als sanierungspflichtig eingestuft werden.

Nr.	Bezeichnung	Inhaber	Priorität	Aufwand [Mio CHF]	Frist Umsetzung
18	Geschiebesammler Engiberg	Wuko	mittel	<0.2	2025
20	Geschiebesammler Schornenbach	Wuko	hoch	<0.2	2020
22	Geschiebesammler Wilerbächli	Wuko	hoch	<0.2	2020
29	Geschiebeentnahme Sattel	Bezirk	mittel	-	2025
30	GS Hundschottenbach	Wuko	mittel	<0.2	2025
32	Geschiebesammler Widenbach	Wuko	mittel	<0.2	2025
34	Geschiebesammler Röthen	ASTRA	hoch	<1.0	2020
35	Geschiebesammler Goldbach	privat	hoch	<0.2	2020
37	Geschiebesammler Chlausenbach	Bezirk	mittel	<0.2	2025
38	Geschiebesammler Teubertsbach	Bezirk	mittel	<0.2	2025
39	GS Dorfbach Lauerz	Bezirk	hoch	<0.2	2020
41	Geschiebesammler Kienbach	ASTRA	hoch	<0.2	2020
43	Geschiebesammler Rigiaa	Wuko	mittel	<1.0	2025
45	Geschiebesammler Bolliwaldbach	ASTRA	hoch	<1.0	2020
46	Geschiebesammler Mühlebach	ASTRA	hoch	<0.2	2020
46	Geschiebesammler Mühlebach	ASTRA	hoch	<0.2	2020
47	Geschiebesammler Trehbach	ASTRA	hoch	<1.0	2020
69	Geschiebesammler Aarhusbach	Bezirk	mittel	< 1.0	2025

Tabelle 1: Sanierungspflichtige Anlagen und Fristen für die Umsetzung

Von den sanierungspflichtigen Anlagen weist keine Anlage einen Bezug zur Wasserkraftnutzung auf. Die Anlagen dienen hauptsächlich der Geschiebedossierung an Wildbächen. Betreiber sind die Wuhrkorporationen (Wuko), das ASTRA oder die jeweiligen Bezirke (Schwyz, resp. Küssnacht) als Hoheitsträger über die fliessenden Gewässer.

Art und der Umfang der Massnahmen sind in den Faktenblättern im Anhang aufgeführt. Der Kostenaufwand für die Planung und die Umsetzung wird im Rahmen der strategischen Planung nur in groben Stufen geschätzt (vgl. Tabelle 1).

Laut Stellungnahme des BAFU (Beilage 2) ist eine Umsetzung der Massnahmen bis spätestens im Jahr 2030 anzustreben. Nach dieser Frist müssen die Inhaber der Anlagen die Kosten für die Gewährleistung des rechtskonformen Zustands selbst tragen (EnG, SR 730.0). Unter Berücksichtigung des erforderlichen Genehmigungsverfahrens sollte die Planung entsprechend früher abgeschlossen sein. Die zeitliche Priorisierung erfolgt gemäss den Angaben des Kantons.

3.2 Schritt 15: Angaben zur Berücksichtigung anderer Massnahmen

Der Kanton Schwyz erarbeitet einen separaten Koordinationsbericht. Dieser fasst für die Anlagen mit Bezug zur Wasserkraftnutzung die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Module aus der strategischen Planung zusammen.

3.3 Schritt 16: Sonderregelung für Anlagen, bei welchen der Bedarf zur Sanierung noch nicht nachgewiesen ist mit Angabe von Fristen

Im Los Süd-West befinden sich keine Anlagen mit Sonderregelungen.

3.4 Schritt 17: Beschlossene Planung

Der vorliegende Bericht bildet eine Grundlage für den Beschluss des Regierungsrats.

Der Beschluss des Regierungsrats wird dem BAFU als separates Dokument zugestellt.

Steinen, 1. Dezember 2014